

Verzerrung des Geschichtsbildes und Bewahrung der Menschenrechte

Siegfried Prokop

In der Zeit unmittelbar vor der Gründung der GBM war deren Gründern klar, dass die Umfunktionierung der deutschen Wiedervereinigung zu einem rüden Anschluss der DDR mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen werde und dass mit einer fairen Geschichtsaufarbeitung nicht zu rechnen sei. Sehr früh kam zu den sonstigen Aktivitäten der GBM in den ersten Stunden die Auseinandersetzung mit den Geschichtsverfälschungen. So entstand schon 1992 die Vortragsreihe Alternatives Geschichtsforum in der Berliner Stadtbibliothek, die alsbald durch die Alternative Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte ergänzt wurde. Über diese Aktivitäten habe ich auf dem GBM-Kolloquium im Dezember 2013 aus Anlass des 90. Geburtstages von Wolfgang Harich berichtet.¹

In der Regie von Wolfgang Richter legte die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde von 1992 bis 1999 sechs international beachtete Weißbücher zum Thema „Unfrieden in Deutschland“ vor. Der 1999 erschienene Band „Enteignung der Ostdeutschen“ schloss die Standarddokumentation über die Abwicklung der DDR ab².

Namhafte Autoren analysierten und dokumentierten den „verschwiegenen Transfer“ von Ost nach West, womit eine der gigantischsten Eigentumsumschichtungen in der neueren europäischen Geschichte greifbar gemacht sowie Hintergründe, Zusammenhänge und Folgewirkungen aufgehehlt wurden. Die Herstellung der deutschen Einheit im Jahre 1990 bedeutete dem Weißbuch 6 zufolge zuallererst die Inbesitznahme der ostdeutschen Reichtümer durch betuchte Bundesbürger. Der Jurist Erich Buchholz qualifizierte die Enteignung der Ostdeutschen als „einen der größten Raubzüge unter nichtkriegerischen Verhältnissen.“³ Der Leser könnte geneigt sein, diese Bewertung für übertrieben zu halten, würden da nicht von den Autoren Zahlen ins Feld geführt, die nachdenklich stimmen.

Die Ostdeutschen gingen in die deutsche Einheit in der Hoffnung auf das Versprechen Bundeskanzler Kohls, dass es niemandem schlechter gehen werde. 1990 schien allemal klar, dass der Westen den Bürgern im Osten einen Reparationsausgleich zahlen werde, dessen Summe der Bremer Historiker Arno Peters auf 727 Mrd. DM veranschlagt hatte. Kohl stellte noch im Dezember 1989 in Dresden eine erste Rate von 15 Mrd. DM in Aussicht, die jedoch nie gezahlt wurde.

Das Substanzvermögen der 16 Millionen DDR-Bürger an Volkseigentum, Immobilien, Vereins- und Parteieigentum betrug etwa 1,7 Billionen DM, also etwa 90000 DM pro Kopf der Bevölkerung. Die im Einigungsvertrag noch vage ins Auge gefasste Ausgabe von Anteilsscheinen für jeden DDR-Bürger wurde bis heute nicht eingelöst. Die Auslandsschulden der DDR, die sich als wesentlich geringer herausstellten als noch im Herbst 1989 angenommen worden war, überstiegen nicht 13% des Bruttosozialprodukts oder etwa

¹ Vgl. Siegfried Prokop: Wolfgang Harich und die Alternative Enquetekommission, in: Andreas Heyer (Hrsg.): Wolfgang Harichs politische Philosophie. Hamburg 2012, S. 70-82.

² Vgl. Wolfgang Richter (Hrsg.): Unfrieden in Deutschland 6. WEISSBUCH. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999.

³ Ebenda, S. 115.

13500 DM pro Bürger. Sie können folglich zur Begründung für die Enteignung der Ostdeutschen ebenso wenig herangezogen werden wie die konstruierten „Altschulden“ der Agrar- und Wohnungsgenossenschaften, die eher ein Schnäppchen für die privaten Banken waren, die immense Zinsen für „Kredite“ kassieren durften, die sie nie verauslagt hatten. Das ostdeutsche Industrievermögen ging zu 85 % in westdeutsche Hand, 10 % erhielten Ausländer und nur 5 % verblieb bei Ostdeutschen. Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler belegte den Niedergang der ostdeutschen Industrie nicht nur im Vergleich zur alten BRD, sondern auch im Vergleich zu osteuropäischen Ländern, deren Produktivität bis 1989 deutlich unter der der DDR gelegen hatte. Der industrielle Niedergang konnte zwar 1993 gestoppt werden, jedoch hielt sich der nachfolgende „Aufschwung“ in höchst bescheidenem Rahmen. In der Landwirtschaft verhinderten die ehemaligen Genossenschaftsbauern das volle Aufgehen der westlichen Pläne. Das erklärte die langanhaltenden Angriffe auf die Bodenreform. Für Hans Watzek, Landwirtschaftsminister im Modrow-Kabinett, sind die über eine Million Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und die etwa 700000 Hektar Forstflächen in einem Wert von etwa 50-70 Mrd. DM „der letzte große Brocken des materiellen Vermögens der DDR, der zur Umverteilung ansteht.“⁴

Der praktische Vollzug der Enteignung war mit der Art und Weise des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik eng verbunden. Ralph Hartmann lenkte in seinem sehr fundierten Beitrag den Blick auch auf die Tätigkeit des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ (1952-1974). Jedoch erscheint es etwas kurzschlüssig, wenn der Vf. meinte, dass dessen Pläne ab 1990 „in die Realität umgesetzt wurden.“⁵ Der Forschungsbeirat zielte für die Zeit nach einem „Tag X“ gewiss auch auf die Privatisierung. Jedoch waren seine Pläne auf einen längeren Zeitraum und auf eine mit Planmäßigkeit gestaltete Transformation ausgerichtet. Diese Transformation sollte auch der ostdeutschen Bevölkerung eine Chance geben. Die Regierung Kohl schlug gerade diesen konzeptionellen Ansatz des Forschungsbeirates aus und folgte dem Vorschlag von Ludwig Erhard vom September 1953 zu einer Crash-Lösung. Die schwerwiegenden Folgen dieses Herangehens hatte schon Erhard unverblümt dahingehend beschrieben, dass „das Resultat betrüblich, ja, vielfach sogar erschütternd sein wird.“⁶

Jene, die den Einigungsvertrag als „innerdeutsches Versailles“ verwirklichten, wussten also, was sie taten. Auch am Ende der ersten Dezennien nach der Vereinigung sind Millionen Bürger arbeitslos und politisch ausgegrenzt und die viel beschworene innere Einheit schillert bloß als Fatamorgana. Als langfristig wirtschaftlich benachteiligte Region wurden Ostdeutschland und viele seiner Bewohner in strategischem Ausmaß benachteiligt, für mehrere Generationen verarmt und gedemütigt. Die Chefs im Osten sind im Regelfall hochdotierte Wessis, was bei den Ostdeutschen allenthalben ein Gefühl des Bevormundetseins und der Fremde fördert. Das Ziel der Einkommens- und Rentenanpassung ist – wie es den Anschein hat - aufgegeben worden. Bei der Mütterrente 25 Jahre nach Herstellung der Einheit, wurden Ostkinder für weniger wert befunden als Westkinder. Welch ein Skandal? Die Einigung im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes sah schon für das Jahr 2002 eine Anhebung der Osteinkommen auf 90% vor. Diese fand bis heute nicht statt. Es

⁴ Ebenda, S. 226.

⁵ Ebenda, S.75.

⁶ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 12.9.53

bleibt also bei dem im Band 6 des Weißbuchs „Unfrieden in Deutschland“ dokumentierten Scheitern der deutschen Einheit.

Die Politiker, die wirklich einmal einen Politikwechsel in Richtung eines deutsch-deutschen Interessenausgleichs vornehmen wollen, sollten das Weißbuch 6 zur Hand nehmen. Es ist auch für Vertreter der Medien und der Wissenschaft ein unersetzliches Kompendium für ein noch lange aktuelles Thema der Zeitgeschichte.

Das Konzept des DDR-Anschlusses war maßgeblich von dem berüchtigten US-Botschafter Vernon Walters⁷ geprägt worden. Dass Kanzler Kohl nicht alle Vorschläge von Walters in der ganzen Brutalität verwirklichen konnte, ist auch der GBM zu verdanken, die mit ihren Weißbüchern eine breite Öffentlichkeit erreichte, z.T. auch durch die gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die bis nach Kanada reichte. Erinnerung sei auch an die Sendung des Holländischen Fernsehens, die Außenminister Kinkel zu einem lächerlichen Protest bei der niederländischen Regierung veranlasste.

Das geistige Klima im vereinigten Deutschland wird von niemandem als erquicklich beurteilt. Marianne Regensburger schrieb dazu an der Schwelle zum neuen Jahrtausend, dass das Licht der Aufklärung nur noch trübe flackere und in der aufkommenden Verdunkelung trieben längst totgeglaubte Ungeheuer ihr Wesen: In Deutschland, dem neuen, größeren, habe ein Wechsel des geistigen Klimas stattgefunden. Was versteht Marianne Regensburger unter Klimawechsel?

- Weg von der Rationalität, hin zur Mythologisierung
- Weg vom Protest gegen verbale und sonstige Unzumutbarkeiten im öffentlichen Disput hin zu stillschweigendem oder offenem Einverständnis
- Weg von der Weltoffenheit, hin zur Ethnologisierung, Fremdenhass und Rassismus

Alles in allem bedeutet das: An die Stelle einer in der alten Bundesrepublik zaghaft sich entwickelnden Zivilgesellschaft demokratischen Selbstverständnisses in den siebziger und frühen achtziger Jahren, die als Ziel auch in der DDR im demokratischen Herbstaufbruch 1989 stand, trat bald ein anderes Gesellschaftsbild, in dem das nationale das demokratische Bewusstsein überrollt.

In der Zeit der rotgrünen Regierung war eine Expertenkommission unter Leitung von Martin Sabrow eingerichtet worden, die alles in allem eine sachlichere Beschäftigung mit der DDR-Geschichte vorbereiten sollte.

Unbedingt zu unterstützen war die Empfehlung der Expertenkommission, die archivrechtliche Normalisierung des Aktenzugangs im Sinne der geltenden Archivgesetze anzustreben. Der Zustand der MfS-Aktenverwaltung in einem Sonderarchiv dauert an sich schon zu lange. Die Praxis des häufig viel zu hysterischen Umgangs mit den Archivmaterialien durch bestimmte Medien fügt dem Land mehr Schaden als Nutzen zu. Man denke nur an die Torpedierung der Leipziger Olympiabewerbung durch die Entfaltung von Stasihysterie bzw. generell an die häufigen Verdächtigungen gegenüber Spitzensportlern. Solche Kampagnen haben bisher niemandem genützt. Die Überführung der Akten in das Bundesarchiv ist auch zur Sicherung

⁷ Vgl. Klaus Eichner/Ernst Langrock: Der Drahtzieher Vernon Walters. Ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges. Berlin 2005.

des Quellenmaterials erforderlich, weil der Umgang mit den Akten im Sonderarchiv, wie Archiv-Fachleute einschätzen, nicht hinreichend professionell erfolgt. Es wäre außerdem eine Menge Geld einzusparen, da Aufwand und Nutzen im Sonderarchiv in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Der Übergang ins Bundesarchiv ergibt sich aus den Bedürfnissen der wissenschaftlichen Forschung, denn die Vorlage von Kopien mit geschwärzten Namen im Sonderarchiv schränkt die Erkenntnismöglichkeiten jeglicher seriöser Forschung in unzulässiger Weise ein. Es sah zunächst danach aus, als würde die Eingliederung ins Bundesarchiv noch zu Zeiten der Schröder-Regierung erfolgen können. Unter Angela Merkel wurde diese Frage auf die ganz lange Bank geschoben. Das CDU-geschichtspolitische Konzept, das der 22. Parteitag 2008 in Stuttgart beschlossen hatte, spielte dabei eine Rolle.⁸

Nicht überzeugend war die Expertenkommission mit dem Vorschlag für die „Aufarbeitungsschwerpunkte“, die weniger von dem Ziel der Vollendung der deutschen Einheit geprägt waren als von dem Bestreben, die Pfründe der bisherigen „Schnellaufarbeiter“ zu sichern. Mit der Setzung folgender Schwerpunkte

- „Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand
- „Überwachung und Verfolgung“
- „Grenze und Teilung“

wurden die alten Unwuchten der Darstellung der DDR-Geschichte als bloße Repressionsgeschichte fortgesetzt und kritische Probleme der westdeutschen Geschichte blieben weiter ausgeklammert. So wurde das Zusammenfinden der Deutschen in Ost und West weiter auf die lange Bank geschoben. Durch die zusätzliche Orientierung auf das Thema „Alltag“, wurde die Schieflage nicht ausgeglichen. Wenn schon an die Wunden des „Ost-West-Konfliktes“ zu erinnern ist, dann gehören die „Opfer des Kalten Krieges“ (Essener Initiative) unbedingt mit dazu. Alltagsgeschichte findet in den Medien ohnehin als BRD-Geschichte ab. Das war so beim letzten Jubiläum der Lufthansa – da wurde nicht für Wert befunden zu erwähnen, dass auch in der DDR eine Lufthansa entstanden war, die sich später INTERFLUG nannte. Und bei der Umstellung der Sommerzeit auf die Winterzeit wurde jüngst medieneinheitlich, gesagt, dass Deutschland 1980 erstmals die Umstellung vornahm. So fälscht man Geschichte, denn 1980 gab es nicht Deutschland, sondern zwei deutsche Staaten. Die DDR als kleines Land machte notgedrungen diesen Unsinn mit, dessen Umstellungsaufwand größer war als die Energieeinsparung. Aber alles dies bleibt im Dunkel der aktuellen Alltagsgeschichtspflege.

Völlig unbefriedigend war, dass die Expertenkommission - im Gegensatz zu zahlreichen Forschungsergebnissen des Potsdamer Zentrums für zeithistorische Studien - wieder auf die Totalitarismus-Theorie zurückgriff, die schon Ende der 70er Jahre für untauglich befunden worden war. Es wurde auf eine besonders krude Form dieser Theorie zurückgegriffen, wenn man sich daran erinnert, dass Hannah Arendt in ihren Totalitarismus-Begriff nur die Sowjetunion der Stalin-Ära, nicht aber die anderen sozialistischen Diktaturen einbezog. Die platten Vergleiche der DDR mit dem NS-Verbrecher-System sind angesichts der aktuellen

⁸ Vgl. Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart.

rechten Gefahr gänzlich untragbar, weil damit der Nationalsozialismus verniedlicht wird. Was sollen solche Begriffe wie „doppelte Diktaturerfahrung“? Bezogen auf die NS-Zeit ist der Begriff „Diktatur“ viel zu schwach und beschönigend, hier könnte frei nach Immanuel Kant nur „Barbarei“ stehen!

Im Übrigen bleibt die platte Diktatur-Demokratie-Dichotomie hinter Erkenntnissen solcher Historiker wie des Amerikaners Eric. D. Weitz Merkel und des Italieners Luciano Canfora zurück.⁹

- Zwischen dem „Dritten Reich“ und der DDR bestand ein grundlegender Unterschied. Das NS-Regime stellte die radikalste Verwerfung der Aufklärung dar, was am deutlichsten an der Vernichtungspolitik sichtbar wurde. Im Gegensatz dazu war die Spannung zwischen der historisch auf der Aufklärung basierenden Emanzipationsideologie und der Realität ihrer diktatorischen Praktiken einer der zentralen Widersprüche der DDR.

- Aus einer Sicht, dass Demokratie nicht verkürzt zum Herrschaftsinstrument einer liberalen Oligarchie gemacht wird, sondern als reale und universelle Gleichheit verstanden wird, ergibt sich eine andere Sicht auf die englische und amerikanische Revolution, die Jakobinerdiktatur, die Pariser Commune, die Oktoberrevolution - bei aller Deformation unter Stalin- eben auch auf die Sowjetunion, auf Faschismus und Antifaschismus und die „Volksdemokratien“ der Nachkriegszeit.

Historisch-kritische Maßstäbe sollten nicht nur an die Geschichte im Osten angesetzt werden, sie gelten auch für den Westen. Versachlichung und Objektivierung sind unumgänglich.

Schlußfolgerungen:

In der Expertenkommission waren zwar auch Vertreter mit ostdeutscher Biographie vertreten, jedoch nicht wirkliche Experten und Leute mit ostdeutschem Rückgrat. Das wird sich auch in nächster Zeit wohl kaum ändern. Wir sollten ungeachtet dessen beginnen, unsere theoretisch-methodologischen Positionen zu diskutieren und über kurz oder lang der Öffentlichkeit vorlegen.

In der GBM könnten - vielleicht unter Hinzuziehung von Gästen - in unregelmäßigen Abständen solche Debatten „DDR-Geschichte kontrovers“ stattfinden zu solchen Themen:

- Warum Reparationsausgleich?
- Zur Theorie und Methode der Darstellung deutscher Geschichte am Beispiel des Handbuchs „Deutsche Zeitgeschichte“
- Was ist „stalinistischer Antifaschismus“?
- Wolfgang Harich vergebliche Polemik gegen Wilhelm Röpkes Buch „Die deutsche Frage“¹⁰

⁹ Eric. D. Weitz: Good bye to All That: The Passing of German Communism and the Rise of a New Left, in: Between Reform and Revolution. Edited by David E. Barclay and Eric D. Weitz. New York/Oxford 2005.-Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Köln 2006.

¹⁰ Wilhelm Röpke: Die deutsche Frage. Erlenbach-Zürich 1945-

Schlußbemerkung:

Wichtig ist es, ausdrücklich auf die Gründe einzugehen, warum die politische Klasse der Bundesrepublik so vehement auf die Verzerrung des Geschichtsbildes über die DDR setzt. Es geht diesen Kräften darum, von der tiefen Gesellschaftskrise in der Gegenwart abzulenken. Nach der relativen Ordnung während des Ost-Westkonfliktes ist in den letzten 2 ½ Jahrzehnten es zu einer *Weltunordnung* gekommen, die durch die zahlreichen Kriege des US-Imperialismus für jeden sichtbar weiter verschärft wurde. So ist die geradezu panische Furcht der heute Herrschenden verständlich, die Erinnerung an die geschichtlichen Leistungen der DDR und an die soziale Qualität der sozialistischen Gesellschaft könnte bei einer größeren Zahl von Bürgern wieder in Erscheinung treten: „Je mehr die kapitalistische Gesellschaft unter Perspektivlosigkeit leidet und mit ihren inneren Schwierigkeiten, Widersprüchen, Krisen nicht zurande kommt, desto mehr fürchtet man, dass sich die Menschen auf diese Leistungen und dieses Erbe der DDR zurückbesinnen und es zur Matrize für einen neuen, antikapitalistisch-sozialistischen Zukunftsentwurf machen und dafür kämpfen. Es steht dabei keineswegs die Wiederherstellung des Staates und der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR zur Diskussion, sondern die Perspektive des nunmehr vereinigten ganzen Deutschland unter neuen Voraussetzungen und ohne die systembedingten Defizite des gescheiterten sozialistischen Systems.“¹¹

¹¹ Harald Neubert: Europäische Nachkriegsordnung. West-Ost-Konflikt und deutsche Zweistaatlichkeit. Essen 2013, S. 19/20.